Der Zustand der Haltestelle Koblenzer Straße ist unzumutbar. Ratsfrau Krupp bittet, zu dieser Thematik ihres Antrages in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen und die Verwaltung mit einer angemessenen Gestaltung zu beauftragen.

Die Frage, ob Stellungnahmen der beteiligten Behörden zu den anderen Themenpunkten des Antrages vorliegen, kann in der heutigen Sitzung von der Verwaltung nicht beantwortet werden. Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen sagt Ratsfrau Krupp eine telefonische Beantwortung zu.

Ratsherr Beer sieht ebenfalls die Dringlichkeit, die Haltestelle Koblenzer Straße kurzfristig Instand zu setzen. Er unterstützt daher den Antrag von Ratsfrau Krupp, in der heutigen Sitzung einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Die beantragte Vertaktung des ÖPNV-Verkehrs in Rheinbach nach allen Richtungen sieht Ratsherr Beer jedoch kritisch. Nach seiner Meinung müssten sich die Züge dafür in Rheinbach kreuzen. Es plädiert dafür, Prioritäten zu setzen und er warnt davor, durch zusätzliche Forderungen erzielte Verbesserungen möglicherweise in Frage zu stellen. Hinsichtlich der besseren Anbindung des Wohngebietes Weilerfeld regt er an, nach stadtinternen Lösungen zu suchen.

Eine gut funktionierende Buslinie hat für Ratsfrau Krupp auch erste Priorität. Dennoch sieht sie die Notwendigkeit, für das Wohngebiet Weilerfeld in absehbarer Zeit eine ÖPNV-Verbindung zu schaffen.

Fachgebietsleiter Broich erklärt auf Nachfrage von sachkundigem Bürger Dr. Lenke, dass bis zum Jahr 2020 alle Haltestellen barrierefrei umgestaltet sein sollen. Unter Bezugnahme auf die vorliegende Prioritätenliste ist mit einem förderfähigen barrierefreien Ausbau der Haltestelle Koblenzer Straße nicht vor 2020 zu rechnen. Werden Umgestaltungsmaßnahmen zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführt, sind die Kosten in voller Höhe von der Stadt zu tragen. Als Alternativlösung stellt Fachgebietsleiter Broich einen provisorischen Ausbau zur Diskussion, der jedoch nicht die Anforderungen eines barrierefreien Ausbaus erfüllen kann.

Sachkundiger Bürger Dr. Lenke regt an, die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Planung für einen provisorischen Ausbau zu beauftragen.

Die Dringlichkeit der Maßnahme ist unstrittig. Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, dass kein umfangreicher förderfähiger Ausbau gefordert wird, sondern lediglich eine zweckentsprechende finanzierbare Gestaltung der Ein- und Ausstiegsfläche in Form eines Provisoriums. Hinsichtlich der Vertaktung der S 23 Haltestelle Rheinbach Bahnhof und der Linie 749 erwartet der Ausschuss die Vorlage der Antworten der beteiligten Behörden.

Der Vorsitzende stellt das Diskussionsergebnis zur Abstimmung.